

Niederschrift

über die 8. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 9. Februar 2012.

Sitzungsort: Dorfgemeinschaftshaus Niederlemp

Sitzungsdauer: 19.00 Uhr - 20.25 Uhr

Anwesend sind:

a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Herbel, Burkhard
8. Jakob, Dirk
9. Rumpf, Ulrich
10. van Moll, Winfried
11. Arch, Stefan
12. Emmelius, Heiko
13. Groß, Klaus
14. Henrich, Erhard
15. Hohn, Hans-Ulrich
16. Koch, Sebastian
17. Mock, Gabriele
18. Rau, Petra
19. Dr. Rauber, Kirsten
20. Stopperka, Karin
21. Ullrich, Dieter
22. Gröf, Timo 19.57 Uhr – 20.07 Uhr
23. Kuhlmann, Erich
24. Kunz, Hans-Jürgen
25. Schlagbaum, Willibald
26. Schmidt, Gerhard
27. Schweitzer, Martin
28. Rill, Berthold

b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Horst Clößner
4. Beigeordneter Bernd Heddrich
5. Beigeordneter Joachim Keiner
6. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
7. Beigeordneter Werner Neu

c) der Schriftführer:

Daniel Regel

d) von der Gemeindeverwaltung:

Amt 32, Ralf Schaub

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, Gemeindebrandinspektor Matthias Regel, den Mitarbeiter der Verwaltung sowie die erschienenen Zuhörer/innen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest. Er verweist auf die ausliegende Tischvorlage „Grundstücksangelegenheit Nr. 489“ und beantragt, die Tagesordnung um diesen Punkt als TOP 9.2 zu erweitern. Des Weiteren beantragt er, den Tagesordnungspunkt 7 „Neuabschluss Konzessionsvertrag „Gas“ mit E.ON Mitte AG“ als neuen TOP 4 zu behandeln, da Herr Meth als Vertreter der E.ON vor Ort sei.

Abstimmung: einstimmig

Mit den Änderungen wird die Tagesordnung festgestellt.

3. Mitteilungen und Anfragen

3.1 Mitteilungen

Dr. David Rauber verweist auf die HGO-Novelle, die im Dezember letzten Jahres in Kraft getreten sei. Der Vorsitzende habe sein Amt gerecht und unparteiisch auszuüben. In diesem Zusammenhang stellt er klar, dass in der Dezember-Sitzung ausreichend Platz zur Diskussion gelassen worden sei. Sollte eine andere Terminierung notwendig sein, sei er für Vorschläge offen.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass

- a) ein weiterer Schritt zum schnellen Internet im Lahn-Dill-Kreis gegangen worden sei. So sei eine Machbarkeitsstudie an den Landrat Schuster und die Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises übergeben worden. Diese solle Grundlage für das weitere Vorgehen sein. Die Studie enthalte den Ist-Zustand, Ausbauplanungen von Internetanbietern, eine Netzgrobkonzeption sowie notwendige Investitionskosten für eine Überbauung der Kabelverzweiger und die Verlegung eines zukunftssträchtigen Glasfaserkabels in jedes Haus. Für die Realisierung kämen verschiedene Geschäftsmodelle in Betracht. Dazu würden derzeit Gespräche mit Infrastruktur- und Netzbetreibern geführt. Die Studie sei Grundlage für weitere Verhandlungen mit Dienstleistern, Tiefbauunternehmen und Banken.
- b) das Hessische Ministerium der Finanzen per Erlass die Investitionspauschale für 2012 vorläufig festgesetzt habe. Demnach erhalte die Gemeinde Ehringshausen eine Investitionspauschale von 58.000,00 €. Im Haushalt 2012 sei der Vorjahresansatz, also 77.000,00 € berücksichtigt worden. Im Nachtrag werde somit der Ansatz um 19.000,00 € verringert.

- c) der Landrat des Lahn-Dill-Kreises mit Schreiben vom 25.01.2012 die Haushaltsbegleitverfügung zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2012 übersandt habe. Die Genehmigung des Haushaltes sei ohne Auflagen erfolgt. Dennoch habe die Aufsichtsbehörde Anmerkungen und Hinweise in Sachen Kassenkredit, Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, Berichtswesen sowie Investitionen und Kreditaufnahme abgegeben. Diese seien im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen. Die Haushaltsbegleitverfügung mit diesen Anmerkungen und Hinweisen wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.
- d) der Optionsvertrag zur Bebauung des „Kirchberges“ bisher seitens der Investoren Drescher und Homberger noch nicht unterschrieben sei.
- e) der Haushalt des Lahn-Dill-Kreises 2012 im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, Straßen- und Radwegebau auch Projekte innerhalb der Gemeinde Ehringshausen vorsehe. So sei geplant, in der Daubhäuser Straße im Ortsteil Katzenfurt die dortige Straße zu sanieren. Im Bereich der Grundschule Ehringshausen werde das alte Verwaltungsgebäude und die Pausenhofüberdachung abgerissen und die Außenanlagen wiederhergestellt. An der Johannes-Gutenberg-Schule sei der Baukostenzuschuss für die gemeindliche Sporthalle berücksichtigt, desweiteren die energetische Sanierung des Schulgebäudes, insbesondere die Sanierung des Naturwissenschaftstraktes in Verbindung mit der Umsetzung von Brandschutzauflagen.
- f) die Gemeinde Ehringshausen in der Vergangenheit das Regierungspräsidium Gießen im Fall des sechsspurigen Ausbaus der A 45 ausdrücklich auf die Erstellung eines Lärmaktionsplanes hingewiesen habe. Im Zuge der Stellungnahme der Gemeinde Ehringshausen zur Notinstandsetzung der Volkersbachtalbrücke habe die Gemeinde Ehringshausen nochmals um die unbedingte Beteiligung der kommunalen Gremien bei der Ausbauplanung der A 45 gebeten.

Aktuell erfolge eine Vermessung der Umgebung der A 45, die für die weiteren Planungsschritte Grundlage sein werde.

- g) ein Gespräch mit Herrn Dr. Schneider zum Thema „Autohof Ehringshausen“ für Mittwoch, den 7. März 2012, um 14.00 Uhr, vereinbart worden sei.
- h) nach dem Einbau von neuen Belüftern im Belebungsbecken der Kläranlage Ende 2009 seitdem rund 60.000,00 € Stromkosten eingespart werden konnten. Die Investitionskosten von rund 120.000,00 € würden sich also nach vier Jahren amortisieren.

3.2 **Anfragen**

Gemeindevertreter Klaus Groß verweist auf die fehlende Beleuchtung der Park- und Ride-Anlage an der Autobahnzufahrt.

Bürgermeister Mock führt aus, dass die bisherige „Solarlösung“ offensichtlich nicht ausreichend sei. Letztlich würde die Verlegung von Stromkabeln die notwendige Beleuchtung sicherstellen. Allerdings müsste hier überprüft werden, inwieweit dies realisiert werden könne.

4. **Neuabschluss Konzessionsvertrag „Gas“ mit E.ON Mitte AG**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock verweist auf § 15 des Konzessionsvertrages. Die Kündigungsfristen seien dort analog zu denen des Konzessionsvertrages „Strom“ angepasst worden. Dies sei auch Beschlusslage des Haupt- und Finanzausschusses. Diese Fristen im Konzessionsvertrag weichten redaktionell von denen in der Verwaltungsvorlage ab. Maßgeblich seien die des Vertrages.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt auf Grund der vorgenannten Ausführungen, dem Abschluss des Konzessionsvertrages „Gas“ mit der E.ON Mitte AG, Dillenburg, zuzustimmen.

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

5. **Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den Brandschutz und die allgemeine Hilfe der Gemeinde Ehringhausen**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.01.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock dankt den Verfassern des Bedarfs- und Entwicklungsplanes, insbesondere dem Gemeindebrandinspektor Matthias Regel, dessen Stellvertreter Heiko Emmelius, sowie den Herren Schaub und Bender von der Gemeindeverwaltung Ehringhausen. Der Plan stelle die Ist-Situation fest, verschaffe einen Überblick über Schutzbereiche und wage einen Ausblick. Eine gewisse Flexibilität gebe es bei den Fristen für die Anschaffung von Fahrzeugen. Spannend sei die Frage, wie es für die Feuerwehren weitergehe, bei denen der Prüfdienst erhebliche technische Mängel festgestellt und Feuerwehrgerätehäuser „verworfen“ habe. Er lobt in diesem Zusammenhang, dass die Freiwilligen Feuerwehren Daubhausen und Katzenfurt sich freiwillig zusammenschließen wollten, da sie sich gemeinsam besser entwickeln könnten. Der Neubau einer Feuerwache in Katzenfurt sei eine der Fragen in der Zukunft, mit der sich die Gemeinde zu beschäftigen habe.

Gemeindevertreter Gröf stellt klar, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan nicht ein Plan der Feuerwehr, sondern der Plan der Gemeinde Ehringhausen sei. Der Mitgliederstand der Einsatzkräfte sei konstant und auch ein massiver Rückgang der Nachwuchskräfte der Feuerwehr, wie im Lahn-Dill-Kreis überwiegend der Fall, zeichne sich glücklicherweise in Ehringhausen nicht ab. 41 % der derzeitigen Einsatzkräfte kämen aus der eigenen Jugend. Er lobt das umfangreiche Werk, wünscht sich jedoch bei dem einen oder anderen Punkt eine deutlichere Beurteilung oder Interpretation der Werte. Die von ihm aufgeworfenen Fragen seien im Ausschuss schriftlich ausreichend beantwortet worden. Als größtes Projekt bezeichne er den Neubau in Katzenfurt, von dem er sich langfristige Kosteneinsparungen verspreche. Bei der Beschaffung von Gerätschaften habe man im Entwurf Augenmaß walten lassen. Er regt bei der Anschaffung eines Einsatzleitwagens an, ortsansässige Firmen auf freiwilliger Basis zu beteiligen. Motivation der Einsatzkräfte sowie eine attraktive und aktive Jugendfeuerwehr seien wichtig.

Gemeindevertreter Tobias Bell führt aus, dass die CDU dem vorgelegten Werk zustimme. Er dankt den Verfassern des Werkes. Die Gemeinde habe viel Geld in der Vergangenheit in den Brandschutz investiert und dies sei gut angelegt gewesen. Man habe sich an den gesetzlichen Vorgaben orientiert. Wichtig sei, Feuerwehren gut auszustatten und Einsatzkräfte zu motivieren. Dies sei auch Dank für ehrenamtliche

Arbeit. Hinsichtlich der Mängel an den Gerätehäusern führt er aus, dass eine Umsetzung der Maßnahmen von den Gremien rechtzeitig vorher geprüft werden müsse. Man habe Verantwortung gegenüber Feuerwehren und Bürgern, die letztlich auch professionelle Hilfe erwarteten.

Gemeindevertreter Koch berichtet, dass die SPD-Fraktion sich ein Bild vor Ort vom Zustand des Feuerwehrgerätehauses in Katzenfurt gemacht habe. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan beinhalte lediglich notwendige Dinge, die umgesetzt werden müssten. Insofern stimme die SPD-Fraktion diesem zu.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan der Gemeinde Ehringshausen in der Fassung des vom Kreisbrandinspektor unter Datum vom 02.01.2012 genehmigten Entwurfs.

Abstimmung: einstimmig

6. Neufassung der Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Ehringshausen

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.01.2012, dem Änderungsantrag der FWG-Fraktion sowie der daraus resultierenden Tischvorlage wird verwiesen.

Bürgermeister Mock begründet die Neufassung mit neu vorgelegten Satzungsmustern des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Man habe zukünftig die Möglichkeit, einen zweiten stellvertretenden Gemeindebrandinspektor zu ernennen. Außerdem werde das maximale Alter der Einsatzkräfte von 62 auf 65 Jahr erhöht.

Gemeindevertreter Gröf begründet den Änderungsantrag der FWG-Fraktion auf Einführung der Möglichkeit eine Kinderfeuerwehr zu gründen damit, dass Kinder vom 6. bis zum 10. Lebensjahr möglichst frühzeitig an die Aufgaben und Tätigkeiten der Freiwilligen Feuerwehren herangeführt werden könnten. Das Thema Nachwuchsförderung werde für die Einsatzabteilungen immer wichtiger. Die verstärkt vorhandene Begeisterungsfähigkeit für technische und naturwissenschaftliche Zusammenhänge gelte es im frühen Stadium zu nutzen. Außerdem müssten rechtliche und versicherungstechnische Voraussetzungen geschaffen werden. Die zuständige Unfallkasse Hessen empfehle, diese in den Satzungen der Feuerwehren zu verankern. Er regt an, das Thema in dem Wehrführerausschuss positiv einzubringen.

Gemeindevertreter Jakob stimmt im Namen der CDU-Fraktion dem Entwurf inkl. der Änderung zu. Er hoffe, dass sich vorzeitig Jungen und Mädchen fänden, die sich für das Feuerwehrwesen begeistern ließen.

Gemeindevertreter Koch stimmt dem ebenfalls zu. Er appelliert an die aktiven Feuerwehrkameraden im Zuschauerraum, von der Möglichkeit der Gründung einer Kinderwehr Gebrauch zu machen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Ehringshausen in der Fassung des vorliegenden Entwurfs und unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen.

Abstimmung: einstimmig

7. Modernisierung des Hausbahnsteiges am Bahnhof Ehringshausen

Auf die Verwaltungsvorlage vom 13.12.2011 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Rill spricht sich gegen eine Kostenbeteiligung der Gemeinde Ehringshausen aus. Es sei sinnvoller das Geld im Bereich der Feuerwehren zu investieren.

Gemeindevertreter Jakob verweist auf genügend Investitionsmaßnahmen der Gemeinde Ehringshausen, die Vorrang hätten. Zudem sei die Bahn sicherlich nicht bereit, einen Anteil aus deren Gewinne an die Kommune abzuführen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, sich nicht an den Kosten für die Modernisierung des Hausbahnsteiges des Bahnhofs Ehringshausen zu beteiligen.

Abstimmung: einstimmig

8. Anschaffung Transporter für die Kläranlage -außerplanmäßige Ausgabe-

Auf die Verwaltungsvorlage vom 25.01.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob dankt allen Beteiligten, die sich letztlich für die wirtschaftlichere Lösung zum Kauf des Fahrzeuges stark gemacht hätten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, im Vorgriff auf den 1. Nachtragshaushalt 2012 entsprechende Mittel in Höhe von 16.000,000 € für die Anschaffung des Gebrauchtwagenfahrzeuges für die Kläranlage bereitzustellen.

Abstimmung: einstimmig

9. Grundstücksangelegenheiten

9.1 Grundstücksangelegenheit Nr. 487

Auf die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2012 wird verwiesen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nachfolgenden Grundstücksverkauf:

Käufer:	Sebastian Gessner, Karlstraße 40, 63065 Offenbach		
Grundstück:	Gemarkung Katzenfurt, Flur 15, Flurstück 143, Chattenhöhe 3		
Größe:	570 m ²		
Kaufpreis (Fertigbaulandpreis):		=	23.313,00 €
Erschließungskosten		=	29.806,82 €
Gesamt		=	<u>53.119,82 €</u>

Kostenträger der Umschreibung ist der Käufer.

Abstimmung: einstimmig

9.2 Grundstücksangelegenheit Nr. 489

Auf die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2012 wird verwiesen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nachfolgenden Grundstücksverkauf:

Käufer:	Hüseyin Sert, Am Zimmerplatz 42, 35630 Ehringshausen		
Grundstück:	Gemarkung Dillheim, Flur 5, Flurstück 509, Schlüsselacker 13		
Größe:	574 m ²		
Kaufpreis (Fertigbaulandpreis):		=	36.736,00 €
Erschließungskosten (inklusive Kanal- und Wasserhaus- anschlusskosten)		=	39.363,21 €
Gesamt		=	<u>76.099,21 €</u>

Kostenträger der Umschreibung ist der Käufer.

Abstimmung: einstimmig

10. Erschließung der Potenziale regenerative Energien im Naturpark Lahn-Dill-Bergland hier: Absichtserklärung

Auf die Verwaltungsvorlage vom 30.01.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Gohl führt aus, dass es positiv sei, 20 % Energie einzusparen und zugleich 20 % des Verbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Er beantrage drei Änderungen:

Zum einen solle in der Absichtserklärung das Wort unter Ziffer 1 „verbindlich“ gestrichen werden. Zum anderen sollte auf Seite 2 sichergestellt werden, dass die Gemeinde beabsichtige, innerhalb einer interkommunalen Gemeinschaft das Prozedere anzugehen. Des Weiteren sollte sichergestellt werden, dass eigene Projekte nach wie vor alleine umsetzbar sind.

Gemeindevertreter Koch führt aus, dass diese Änderungen nicht separat beschlossen werden müssten, da diese ohnehin im Beschlussvorschlag enthalten seien.

Gemeindevertreter Schlagbaum bezeichnet die Energiefrage als eine „zentrale Frage der Menschheit“. Er warnt davor die Energiewende scheitern zu lassen, bevor sie gestartet sei. Die Vorteile des Beitritts lägen zum einen bei der Möglichkeit der Bürgerbeteiligung entweder in Form von Geld oder durch Arbeitsplätze. Insofern befürworte seine Fraktion den Beitritt.

Bürgermeister Mock gibt zu bedenken, dass man die wichtige Angelegenheit nicht an redaktionellen Dingen scheitern lassen solle.

Gemeindevertreter Jakob stellt klar, dass die Änderungen nicht nur im Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage, sondern in Absichtserklärung umgesetzt werden sollten. In der Sache sei man sich selbstverständlich einig.

Gemeindevertreter Kunz verweist ebenfalls auf die Bedeutung der Sache, in der man sich grundsätzlich einig sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass in der Absichtserklärung unter Aufzählung 1 seitens des Gemeindevorstandes die dortige Aufzählung nicht abschließend sei und daher der Text um die Worte „und anderes mehr“ erweitert werden sollte.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

- Die Gemeinde Ehringshausen beschließt die als Anlage diesem Beschlussvorschlag beigefügte Absichtserklärung.
- Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mit dem Vorstand des Vereins Region Lahn-Dill-Bergland e. V. alle zur Umsetzung der Absichtserklärung notwendigen Schritte vorzubereiten.
- Er wird weiter beauftragt, vom Vorstand des Vereins Region Lahn-Dill-Bergland alle sich für die Mitgliedskommunen hierdurch ergebenden Aufwendungen ermitteln zu lassen. Dabei sind alle sich bietenden Finanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen und es ist ein Finanzierungsvorschlag zu erarbeiten.
- Der Gemeindevorstand möge der Gemeindevertretung einen Aktivitäten- und Finanzierungsplan zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.
- Die Gemeinde Ehringshausen behält sich vor, eigene Projekte (innerhalb der Gemeinde Ehringshausen) nach wie vor selbständig zu vermarkten.
- Die Absichtserklärung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass eine wirtschaftliche Betätigung rechtlich möglich ist.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

11. **Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2012:** **Kostensparnis durch papierlose Gremien**

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2012 und der Stellungnahme des Vorsitzenden der Gemeindevertretung vom 04.02.2012 wird verwiesen.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass eine Übermittlung von Einladungen auf elektronischem Wege möglich sei, jedoch niemand dazu gezwungen werden könne. Zudem gebe es datenschutzrechtliche Vorgaben.

Gemeindevertreter Jakob bittet um Überprüfung, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen würden durch die Anschaffung von Tablet-PCs. Gerade Buntkopien seien teuer und lägen geschätzt bei mehreren tausend Euro jährlich. Sicherlich könnte man niemand zur digitalen Umstellung zwingen, allerdings sollte man sich damit beschäftigen. Mögliche Kosteneinsparungen könnten auch durch Ratszugänge über Homepage mit PIN-Zugang erfolgen.

Er bittet den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und zunächst die Kosten zu ermitteln und dann im 2. und 3. Schritt zu entscheiden, was möglich und notwendig sei. Evtl. könnten Pilotprojekte bei Anbietern angefragt werden. Ziel sei es, den Sitzungsdienst kostengünstiger abzuwickeln.

Gemeindevertreter Gröf präsentiert einen Tablet-PC und ist der Auffassung, dass der Vor- und Nachteil solcher Geräte von den Einzelnen abgewogen werden müssten. Auch die Frage des Geräteverlustes oder bei Beschädigungen müsste beantwortet werden, ebenso wie beim Ausscheiden aus dem Mandat. Ein geschütztes Dokumentenablage-system auf den Internetseiten der Gemeinde Ehringshausen sei sinnvoll. Er persönlich bevorzuge zur Vorbereitung der Sitzungen die Papierform.

Gemeindevertreter Koch führt aus, dass seine Fraktion mit dem Prüfantrag leben könne. Allerdings warnt er vor einer Kostenverlagerung, wenn der Ausdruck bei den Gemeindevertretern erfolge.

Gemeindevertreterin Stopperka tendiert zur Ablehnung des Antrages. Für sie sei klar, dass die Kosten für die Anschaffung von Hardware zu teuer und unsinnig sei.

Gemeindevertreter Gohl stellt klar, dass es sich um einen Prüfantrag handelt, dessen Ergebnis offen sei.

Gemeindevertreter Henrich verdeutlicht, dass dies nicht gewollt sei.

Gemeindevertreter Kunz regt an, den Prüfantrag erweitert zu sehen. Das Ausmaß der Papierform sei schon enorm und er warb für mehr Nutzung der digitalen Medien. Er regt an, eine Prüfung des Sitzungsdienstes insgesamt vorzunehmen, um zukünftig Kosten zu sparen.

Vorsitzender Dr. Rauber verweist auf die Möglichkeit, einen internen Bereich für Mandatsträger auf der Homepage der Gemeinde Ehringshausen einzurichten. Nach einer Vorprüfung sei diese möglich.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt zu überprüfen, ob Kosteneinsparungen im Sitzungsdienst beispielsweise durch „papierlose Gremien“ möglich sind. Die Angelegenheit soll im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden.

Abstimmung: einstimmig

Dr. Rauber
Vorsitzender

Regel
Schriftführer